



Wählen ab 16 vom Landtag abgelehnt

Nach der Juni-Sitzung des Landtags bleibt es leider dabei: Thüringerinnen und Thüringer dürfen weiterhin erst ab 18 Jahren wählen gehen, ein von der LINKEN vorgelegter Gesetzentwurf wurde von der Landtagsmehrheit abgelehnt. Die Fraktion betonte ihre Enttäuschung über dieses Abstimmverhalten, zugleich begrüßte die jugendpolitische Sprecherin Katharina König die Zustimmung der Grünen- und der FDP-Fraktion zum LINKE-Gesetzentwurf.

Die abschließende Debatte im Landtag am 19. Juni habe gezeigt, dass es eine - bis auf die CDU - überfraktionelle Zustimmung für eine Absenkung des Wahlalters in Thüringen gibt. Ziel war und ist es weiterhin, Partizipation nicht nur immer und überall zu fordern, sondern auch die Möglichkeiten auf parlamentarischer Ebene auszuerschöpfen und somit ein Mehr an Mitgestaltung für und durch Jugendliche zu erreichen.

„Dass die SPD trotz ihrer inhaltlichen Position und ihrer prinzipiellen Zustimmung zur Herabsetzung des Wahlalters den Gesetzentwurf aufgrund des Koalitionszwangs doch ablehnte, ist traurig“, sagte Katharina König und verwies darauf, dass Jugendliche bis 2019 weder an Kommunalwahlen, noch an der bevorstehenden Landtagswahl in Thüringen teilnehmen können. „So bleibt nur zu hoffen, dass die SPD im Jahr 2014 bereit ist, sich an einer Koalition zu beteiligen, die solche gemeinsamen Inhalte auch umsetzt. Denn es benötigt nicht nur zustimmende Worte, sondern auch eine entsprechende Abstimmung.“ ■

Ausgezeichnet für Demokratie und Zivilcourage

Auf scharfe Kritik des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE im Landtag, Bodo Ramelow, war der Versuch der FDP-Fraktion gestoßen, die Diffamierung des Jenaer Stadtjugendpfarrers Lothar König mit einer Aktuellen Stunde in der Landtagsitzung am 19. Juni fortzusetzen:

„Lothar König Toleranz, Akzeptanz von Meinungsvielfalt und Demokratie absprechen zu wollen, ihm ein zweifelhaftes Verhältnis zur Gewalt anzudichten, ist an Torheit und Börsartigkeit nicht zu überbieten. Lothar König engagiert sich wie nur wenige andere dafür, dass insbesondere junge Menschen sich einmischen, ihre Meinungen einbringen und für ihre Interessen zu streiten und dabei den Respekt und die Achtung vor anderen Menschen nicht verlieren“, sagte Bodo Ramelow.

Lothar König, unerschrockener Streiter gegen Neonazismus

Die FDP-Fraktion hatte die Verleihung des Thüringer Demokratiepreises - durch die Sozialministerin auf der Meile der Demokratie am 8. Juni in Kahla, wo erneut Neonazis aufmarschiert waren - an Lothar König kritisiert. Inzwischen hat der unerschrockene Streiter gegen Rechtsextremismus mit dem Jenaer Preis für Zivilcourage am 21. Juni durch den Oberbürgermeister der Stadt eine weitere Auszeichnung erhalten. Die FDP im Thüringer Landtag hatte mit Verweis auf den Demokratiepreis des Sozial-

ministeriums erklärt, dass es ein „fatales Signal“ sei, einen solchen Preis zu verleihen während des laufenden Prozesses gegen König in Dresden.

Dazu Bodo Ramelow: „Jeder, der auch nur eine Stunde in dem Dresdner Gerichtssaal verbracht hat, musste miterleben, dass das Verfahren von Akteuren betrieben wird, an deren Verhältnis zum Rechtsstaat erhebliche Zweifel aufkommen. Der Demokratiepreis ist auch ein Signal gegen jeden Versuch der Kriminalisierung.“ Erst kürzlich hatten auch Vertreter der Nebenklage im NSU-Prozess in München die Einstellung des Verfahrens gegen König gefordert.

Staatsanwaltschaft außer Rand und Band

In der von der FDP beantragten Aktuellen Stunde „Preisvergabe umstritten - Kriterien für die Verleihung des Thüringer Demokratiepreises der Thüringer Landesregierung“ hatte Bodo Ramelow die Preisverleihung an Lothar König nochmals als „eine mutige und eine vor allem auch richtige Entscheidung“ gewürdigt und die Diffamierungsversuche zurückgewiesen. Der LINKE Fraktionsvorsitzende verwies darauf, dass sich Lothar König all die Jahre „gegen eine Obrigkeit nie hat einschüchtern lassen, weder gegen die von der SED noch gegen die Stasi, noch gegen Staatsanwaltschaften, die in Dresden erst ermitteln gegen ihn wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung und anschließend herabstufen auf Landfriedensbruch. Dann stellen

Sie sich hin und sagen, wie empörend das ist, dass gegen ihn ermittelt wird wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung“.

Weiter aus dem Plenarprotokoll der Rede von Bodo Ramelow: „Offenkundig gibt es in Sachsen ein Justizproblem und offenkundig ist die sächsische Staatsanwaltschaft außer Rand und Band. Offenkundig ist es notwendig, auch einmal klar zu benennen, dass solche Verhältnisse in Thüringen nicht herrschen. Dafür bin ich in der Tat dankbar, dass die Rechtsstaatlichkeit und die rechtsstaatlichen Prinzipien in Thüringen funktionieren und die Landesregierung und die Fraktionen, wenn Nazis aufmarschieren auch mitkommen und gemeinsam Gesicht zeigen. Ich finde das zumindest erwähnenswert.“

Demokratiepreis für Tim

Der LINKE Politiker weiter: „In Sachsen lässt man jahrelang die Nazis aufmarschieren und stellt sich abseits hin. Dann gibt es einen Menschen, der wird verurteilt, weil er durch ein Megaphon gerufen hat: 'Kommt nach vorn! Kommt nach vorn!' Der wird für 22 Monate ohne Bewährung verurteilt. Ich kann nur sagen, Tim hat unsere Sympathie und unsere Solidarität auch verdient und hätten wir noch einen Vorschlag, dann würden wir den auch noch zum Demokratiepreis vorschlagen, und zwar solange, bis in Sachsen die Justiz endlich etwas unternimmt, dass die Nazis nicht mehr aufmarschieren können.“ ■

Inklusion

Mit Blick auf den jetzt verspätet von Thüringer Kultusminister angekündigten Landesentwicklungsplan für den inklusiven Unterricht in Thüringen kritisierte die gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Karola Stange, die auch Mitglied im Inklusionsbeirat des Bildungsministeriums ist, „dass bisher weder der Beirat noch die Arbeitsgruppen informiert wurden“. Sie forderte, dass „umgehend die Akteure vor Ort und Elternvertreter an der Erarbeitung des Landesentwicklungsplans beteiligt und die Mitglieder des Inklusionsbeirats in Kenntnis gesetzt werden. Der Kabinettsbeschluss dürfe auf keinen Fall zum Berichtersatz der Landesregierung werden.“ ■



In den Wahlkreisen der Landtagsabgeordneten der LINKEN in Thüringen ist das rote Quietsche-Entchen in diesem Sommer mit unterwegs. Auf den Fotos für den eigens eingerichteten Twitter-Account - rote_ente - kann laufend verfolgt werden, was diese Teufels-Entchen so unternehmen und wo sie vielleicht sogar ein neues Zuhause gefunden haben.

(Internet-)Überwachungswahn beenden

Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag kritisiert den immer stärker zunehmenden Überwachungswillen und Überwachungswahn in Deutschland. Dieser sei auch nicht mit einem angeblichen Kampf gegen den Terrorismus zu rechtfertigen. Die netzpolitische Sprecherin Katharina König erklärte: „Wenn der BND weitere 100 Millionen Euro in die Ausweitung der anlasslosen Internetüberwachung investieren will, so bleibt - ausgehend von der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts - nur eins zu sagen: Dies ist Verfassungsbruch!“. Darüber hinaus zeugten der Wille und das Vorhaben des Bundesinnenministers weder von einem datenschutz- noch von einem menschenrechtsorientierten Verständnis.

Denn „die Überwachung des Internets stellt immer auch einen Eingriff in die Privat- und Intimsphäre von Menschen dar. Die Praxis der Vereinigten Staaten von Amerika und das angestrebte Vorgehen in der Bundesrepublik gehen über den orwellischen Gedanken eines Überwachungsstaates schon hinaus“, sagte die Abgeordnete. Katharina König appellierte an Internetnutzer, die Möglichkeiten verschlüsselter Kommunikation wie Pretty Good Privacy (PGP) oder Instant Messenger mit OTR zu nutzen, um dem Ein- und Zugriff des Staates Grenzen zu setzen, denn, so die Netzpolitikerin abschließend, „den Staat hat es nicht einmal zu interessieren, dass man nichts zu verheimlichen hat.“ ■

Konsequentes Bauverbot in Überschwemmungsgebieten



Bewegungsfreiheit für Flüchtlinge

Flüchtlinge können sich vom 1. Juli an erlaubnisfrei in Thüringen bewegen und sind nicht mehr auf die angrenzenden Bezirke beschränkt. Zum Beschluss des Landeskabinetts zur Lockerung der Residenzpflicht für Asylbewerber erklärte die flüchtlingspolitische Sprecherin der Linksfraction Sabine Berninger:

„Die Landesregierung setzt um, wofür Flüchtlinge, Flüchtlingsorganisationen und viele andere Unterstützer seit Jahren kämpften. Sich diesem Druck gebeugt zu haben, ist kein humanitärer Akt, sondern die - noch immer auf das Bundesland beschränkte - Selbstverständlichkeit, Flüchtlingen ihr Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit nicht abzuerkennen. Nun muss auch die Residenzpflicht vollständig im Bundesgesetz gestrichen werden und die Landesregierung sollte dazu die Initiative ergreifen. Die Diskriminierung von Flüchtlingen hat viele Gesichter, nur eines davon ist die Einschränkung der Bewegungsfreiheit. Wer mit Floskeln auf eine neu errungene Willkommenskultur, die Thüringen gut zu Gesicht stehe, verweist, verkennet, dass es zu den zivilisatorischen Pflichten gehört, Menschen in Not aufzunehmen und ihnen die gleichen Rechte zuzugestehen, wie anderen hier lebenden Menschen. Dennoch: Die Abschaffung der Residenzpflicht innerhalb Thüringens, eine wichtige Forderung seit vielen Jahren, ist eine gute Nachricht.“ ■

Mit einem nationalen Aufbaufonds sollen die Folgen der Flutkatastrophe bewältigt werden, sagte die Thüringer Ministerpräsidentin am 20. Juni im Thüringer Landtag bei ihrer Regierungserklärung, die zusammen mit einem gemeinsamen Antrag aller fünf Fraktionen unter der Überschrift „Hochwasserschutz konsequent umsetzen“ beraten wurde.

Dabei hatte Christine Lieberknecht eine ehrliche Debatte gefordert und auch bekommen. Redner aller Parteien machten auf die Schwachstellen im Ri-

tentiellen Hochwassergebieten. So müsse man auch „über die Rückeroberung von Flussauen miteinander ins Gespräch kommen“.

Ungeachtet dessen begrüße er die Initiative des Justizministers für eine Pflichtversicherung, auch wenn es für eine solche Versicherung natürlich Grenzen geben müsse. Aber sie sei notwendig, nachdem eine Pflichtversicherung für Elementarschäden „dem europäischen Deregulierungswahn zum Opfer gefallen“ sei.

Geredet werden müsse auch, so Bodo Ramelow weiter, über die Katastropheneinsatzplanung, die örtlichen Ver-

das Wort ergriffen hatte, forderte dieser: „Nun müssen den Worten auch Taten folgen.“

Wie bereits Bodo Ramelow hatte ebenso Tilo Kummer den Zustand der Talsperren und Rückhaltebecken in Thüringen kritisiert und gefordert, sie in „den technischen Stand zu versetzen, der optimalen Schutz gewährleisten kann“. Der Abgeordnete wies in dem Zusammenhang besonders auf die brisante Gefahrensituation an den Talsperren Weida und Zeulenroda hin.

Wer übernimmt dann die Verantwortung?

„Hier muss der Freistaat endlich die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Wer wird denn die Verantwortung für Schäden übernehmen, wenn sie tatsächlich einmal brechen sollte? Das Szenario möchte ich mir nicht vorstellen!“, sagte Tilo Kummer. Aktuell habe er erfahren, dass über europäische Strukturfondsmittel z. B. touristische Projekte an der Talsperre Zeulenroda bezuschusst würden. Andererseits sei die Forderung der LINKEN während der Haushaltsdiskussion nach einem Aufstocken der Mittel aus dem EFRE für wasserbauliche und weitere Umweltmaßnahmen ignoriert worden.

„Längst überfällig“ ist nach Überzeugung des umweltpolitischen Sprechers auch die Vorlage eines qualifizierten Wassergesetzes für Thüringen. Bisher hat die Landesregierung hierzu nur ein schlappes Vorschaltgesetz hinbekommen. Er kündigte an: „Auf jeden Fall werden wir wieder besonders darauf achten, dass ein konsequentes Bauverbot in Überschwemmungsgebieten festgelegt wird. Bei der Novellierung des Gesetzes 2009 wurde dies noch abgelehnt.“ ■



Gemeinsam mit Landrätin Michaela Sojka hatten sich Abgeordnete der LINKEN (Bodo Ramelow, Birgit Klaubert, Frank Tempel, Tilo Kummer) im Altenburger Land am 3. Juni über das Katastrophenmanagement informiert und den Einsatzkräften gedankt.

sikomanagement aufmerksam, die sich auch aus Fehlern und Versäumnissen nach dem Hochwasser im Jahr 2002 ergaben. Da sei „manches nicht konsequent zu Ende gebracht“ worden, sagte Bodo Ramelow. Der Vorsitzende der Linksfraction machte dies anhand von verschiedenen Beispielen sehr anschaulich deutlich und forderte mutige Schritte, denn es könne nicht so weitergehen mit der Flächenversiegelung oder mit der Bebauung von po-

antwortlichkeiten und die rasche Information der Bürger. Der LINKE Politiker verwies auf Sachsen, wo die Einwohner in den betroffenen Regionen per SMS benachrichtigt werden. Er schlug vor, dass in einigen Monaten eine erste Bilanz gezogen werden sollte: „Was ist gelungen, was nicht, und wo muss nachgebessert werden.“

Nach der Landtagsdebatte, in der auch für die Linksfraction deren umweltpolitischer Sprecher, Tilo Kummer,

FRAKTION IN AKTION

Bildungsfreistellung

Die Vorlage des SPD-Entwurfs für ein Bildungsfreistellungsgesetz durch die LINKEN am 20. Juni im Landtag bringt Schwung in die Debatte. „Es war richtig, den Gesetzentwurf des Matschie-Ministeriums einzubringen. Wir haben erreicht, dass jetzt, wie es in einer Demokratie normal sein sollte, um die besten Lösungen im Parlament gestritten werden kann“, betonte MdL Susanne Hennig. Es sei „kein Zustand, dass seit Monaten über Bildungsfreistellung diskutiert wird, das Parlament aber außen vor bleibt“. Zumal ein Gesetzentwurf der Grünen zum selben Thema schon zwei Jahre auf die Landesregierung wartet. DIE LINKE unterstützt aktiv das mit dem Gesetzentwurf zu regelnde Arbeitnehmer-Recht, sich für Weiterbildungen bis zu fünf Tage freizustellen zu lassen, wie das in fast allen anderen Bundesländern schon heute möglich ist. ■

Stärkung des Landesrechnungshofs entscheidendes Kriterium

Vorstand und Haushaltspolitiker der Linksfraction haben am 18. Juni in Rudolstadt mit dem Kollegium des Landesrechnungshofs über notwendige Veränderungen im Landesrechnungshofgesetz ausführlich diskutiert. „Das entscheidende Kriterium ist die Stärkung des Rechnungshofs und seiner Unabhängigkeit“, betonte Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow beim Gespräch, an dem neben dem Rechnungshofpräsidenten auch der Vizepräsident und die Direktoren teilnahmen. Man habe in einem offenen und sehr sachlichen Gespräch über die Änderungen im Gesetz geredet und sich über strittige Fragen verständigt. „Uns war es wichtig, unsere Beweggründe für die Veränderung des bestehenden Gesetzes dem gesamten Kollegium des Rechnungshofs zu erläutern und auch deutlich zu machen, dass es uns nicht um ‚Diszipli-



nierung‘ geht“, so Ramelow. Man war sich darin einig, dass für den Entwurf, so wie er jetzt im Landtag beraten wird, noch Änderungsbedarf besteht. Daher werden die Gespräche einerseits mit dem Rechnungshof und andererseits mit den Landtagsfraktionen fortgeführt.

„Die Handlungsfähigkeit des Rechnungshofs als Kollegialorgan muss sichergestellt sein. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es im Rechnungshofgesetz Veränderungen geben wird, die in ihrer Intention von allen Beteiligten getragen werden“, sagte Ramelow. ■

Wie und wo wir wohnen wollen

Auf reges Interesse von Vertretern von Mietervereinen, alternativen Wohnprojekten, Wohnungsunternehmen, Sozialverbänden sowie Landes- und Kommunalpolitikern ist die Wohnungskonferenz der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und des Kommunalpolitischen Forums Thüringen e.V im Weimarer Jugend- und Kulturzentrum „mon ami“ am 22. Juni gestoßen.

Weimarer Open-Space-Konferenz zur Wohnungspolitik

nannten Thüringer Impulsregionen, zu denen zwischen Erfurt und Jena auch Weimar gehört, „ein eklatanter Bedarf an preiswertem Wohnraum“ besteht, wurde mehrfach angesprochen und an Beispielen verdeutlicht. Auch in Thüringen greift der Neubau von hochpreisigem Wohnraum immer mehr um sich. Daher war man sich einig, dass die verantwortliche Bundes-

schaftseinrichtungen vor allem auch in Plattenbaugebieten erhalten.

Als sehr spannend erwies sich die besondere Form der Tagung als Open-Space-Konferenz. In Zusammenarbeit mit der TrainerInnen-Kooperative „Bildung in Bewegung“ (www.bildung-in-bewegung.coop) konnten neue methodische Wege ohne die übliche Referentenabfolge ausprobiert werden. So gelang im Sinne des offenen Raumes eine breite Beteiligung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, kam man „anders als sonst“ miteinander ins Gespräch.



Wohnen muss bezahlbar bleiben. Das betrifft vor allem die städtischen Zentren. Aber auch die ländlichen Regionen mit ihren wieder ganz anderen (vor allem Leerstands-)Problemen dürfen nicht vergessen werden.

Diese beiden grundlegenden Probleme durchzogen eigentlich alle Diskussionsrunden. „Wenngleich das Themenspektrum unserer nunmehr schon 6. Wohnungspolitischen Jahrestagung, diesmal unter der Frage-



stellung 'Wohnen - Grundrecht oder Ware?', breit gefächert war und von der Stadtentwicklung bis zu den Kosten der energetischen Gebäudesanierung reichte, wurde immer wieder angesprochen, dass endlich wirklich wirksame soziale Wohnungsbauprogramme aufgelegt werden müssen“, betonte die Vorsitzende des Kommunalpolitischen Forums und wohnungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, Heidrun Sedlacik, eine wichtige Forderung aus der Konferenz. Dass besonders in den soge-

und Landespolitik endlich wach werden muss, dass wirksame Programme und entwicklungspolitische Initiativen dringend gebraucht werden, damit menschenwürdiges Wohnungen in einem lebenswertem Wohnumfeld in den Ballungszentren ebenso wie in den ländlichen Regionen Thüringens möglich ist. Stichworte aus den ausführlichen thematischen Diskussionen dazu: Soziale Durchmischung in den Wohngebieten; gute Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen; barrierefreie Wohnungen; Gemein-

Das hat (beabsichtigte) nachhaltige Folgen: Neue Netzwerke bilden sich und Verabredungen über mögliche weitere Schritte werden getroffen. Schließlich, die Zeit ist überreif, damit auch über bürgerdemokratisches Engagement soziale Wohnungspolitik wieder stärker in den Mittelpunkt der öffentlichen und politischen Aufmerksamkeit gerückt wird. Denn auch wenn es nicht im Grundgesetz steht: Wohnen muss ein Grundrecht sein.

A. Rudolph

NACHRICHTEN

Aufarbeitung

CDU und SPD haben mit dem am 21. Juni im Landtag beschlossenen „Aufarbeitungsbeauftragtenengesetz“ die Behörde der Thüringer Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen in „Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur“ umbenannt. Dazu MdL André Blechschmidt: „Die Aussagen aus der schriftlichen Anhörung sind eindeutig: Wer die Aufarbeitung der DDR-Geschichte voranbringen will, der muss entsprechende Lehrstühle an den Universitäten finanzieren, für einen stabilen Finanzsokkel der Aufarbeitungsinitiativen sorgen, die Zusammenarbeit im Geschichtsverbund unterstützen, sich um die Qualität bei den Grenzmissionen kümmern und darf nicht bei der Landeszentrale für politische Bildung kürzen. Geschichtliche Aufarbeitung ist Sache der Zivilgesellschaft, nicht einer staatlichen Behörde.“



Bei der Demo gegen hohe Kita-Gebühren in Erfurt am 12. Juni hatte MdL Matthias Bärwolff viel Beifall bekommen, als er auf Skandinavien verwies und betonte, dass der kostenlose Besuch einer Kindertagesstätte durchaus realistisch und auch eine Frage der Lebensqualität sei.

Kitas kostenfrei

„In Kindertagesstätten werden die Grundlagen für die weitere Bildungsbiographie der Kinder gelegt. Anstatt nur Wahlversprechen zu machen, sollten sich jetzt Landes- und Bundesregierung tatsächlich für kostenfreie Kitas einsetzen“, sagte Margit Jung und kündigte an, dass die LINKE noch vor der Sommerpause einen Antrag in den Landtag einbringt. „Bei der Finanzierung sehen wir den Bund bei der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse und der Sicherung gleicher Bildungschancen in der Pflicht und fordern eine Drittfinanzierung von Bund, Ländern und Kommunen“, sagte die LINKE Familienpolitikerin. „Jedes Kind muss den gleichen Anspruch auf kostenfreie Bildung in Schule und Kita haben, unabhängig davon, welcher Schicht seine Eltern angehören und welches Bildungsniveau sie haben.“

KURZ UND PRÄGNANT

Gute Initiative

„Aus Sicht der LINKEN wäre die Auflage eines Bund-Länder-Programms für den Studentenwohnheimbau ein echter Durchbruch“, so MdL Susanne Hennig zu der „guten Initiative“ des Deutschen Studentenwerks. „In Jena, Erfurt und Ilmenau wirkt sich die Knappheit an bezahlbarem Wohnraum für Studierende auf dem Wohnungsmarkt längst erheblich negativ aus und hat zu einem hohen Anstieg der Mietpreise geführt.“

Peinliche Koalition

„Mit der Nichtwahl der Koalitionskandidatin Silvia Liebaug als Bürgerbeauftragte haben sich SPD/CDU am 20. Juni im Landtag die größtmögliche Peinlichkeit geleistet“, so MdL Diana Skibbe. „Wer zwei Mal jemanden ins Rennen schickt, muss auch die Kraft haben, die Sache erfolgreich zu Ende zu bringen. Offensichtlich geht diese Koalition aus dem Leim. Und scheinbar fehlt dabei auch noch der Mut, das untereinander klar auszusprechen.“

Stärkeres Wirtschaftsrecht

Die Linksfraktion will die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen erweitern, so MdL Frank Kuschel. Der CDU-SPD-Gesetzentwurf enthalte zwar „einige positive Punkte“, diese seien aber zu zaghaft formuliert und inhaltlich längst überholt. Die LINKE werde deshalb Änderungsanträge einbringen, um das kommunale Wirtschaftsrecht stärker zu modernisieren.

Pressemitteilungen der LINKE-Fraktion: <http://www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/>

TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten und letzten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags vor der parlamentarischen Sommerpause finden in der Zeit vom 10. bis 12. Juli statt.

Bürgerfest:

Der Thüringer Landtag lädt in diesem Jahr statt zu dem üblichen Tag der offenen Tür zu einem Bürgerfest ein. Dieses findet am Samstag, den 14. September, im und vor dem Landtag in Erfurt statt. Die LINKE hält ein vielfältiges Informationsangebot sowie ihr Fraktions-Café bereit.

Aktuelle Informationen am laufenden Band unter:

www.die-linke-thl.de

20 Jahre nach Bischofferode

DIE LINKE erinnerte mit verschiedenen Veranstaltungen und Aktionen an die Schließung des Kali-Standorts in Bischofferode und den Beginn des Hungerstreiks der Kali-Kumpel vor 20 Jahren.

Am 1. Juli 1993 stimmte der Treuhandausschuss des Bundestages dem „Fusionsvertrag zwischen der Kali und Salz AG Kassel, der Mitteldeutschen Kali AG und der Treuhandanstalt“ vom 13. Mai 1993 zu. Damit war das „Aus“ für den Kali-Standort Bischofferode besiegt.

Ein Hungerstreik der Kumpel, ein langer Marsch zur Treuhandanstalt nach Berlin und viele weitere Kämpfe zum Erhalt der Arbeitsplätze führten nicht zum Erfolg. Der Fusionsvertrag ist bis heute unter Verschluss. Die Bundesregierung verweist auch gegenüber der Thüringer Landesregierung und dem Thüringer Landtag auf eine dezidierte Vertraulichkeitsvereinbarung.

Auf der anderen Seite steht der Freistaat Thüringen heute allein für die Finanzierung der Kaliatlasten ge-

rade, auch, weil der Konzern K+S eine Freistellung von der Altlastensanierungsverantwortung erhielt.

Gegenüber Thüringen machte er inzwischen eine Forderung von 130 Millionen auf. Ewigkeitskosten, z. B. für neu anfallende betriebsbedingte

Gefahrenabwehrmaßnahmen, können sich nach Schätzungen von K+S sogar bis auf eine Höhe von zwei Milliarden Euro belaufen.

Im Sinne der Kaliindustrie in den ostdeutschen Bundesländern haben Vertreter der LINKEN (unter ihnen Gregor

Gysi und weitere Bundes- und Landtagsabgeordnete) zusammen Gerhard Jüttemann und anderen ehemaligen Kali-Kumpeln mit einer Mahnwache vor dem Kanzleramt in Berlin am 26. Juni die Bundesregierung aufgefordert, den Vertrag öffentlich zu

machen, damit endlich bekannt wird, was damals tatsächlich vereinbart wurde. Dazu reicht die Linksfraktion jetzt eine Große Anfrage an die Thüringer Landesregierung ein.

Dabei geht es nicht nur um den Kalifusionsvertrag und seine Auswirkungen



gen bis in die Gegenwart. Unter der Überschrift „Schlussfolgerungen aus ‘20 Jahre Hungerstreik in Bischofferode‘“ will die Fraktion Antwort auf zahlreiche detaillierte Fragen, die bis hin zur Situation in der Region Bischofferode heute reichen. ■

Bisher größter Spenden-Betrag aus der Alternative 54

„Im vergangenen Jahr hat der Abgeordneten-Verein Alternative 54 Erfurt e.V. mit mehr als 86.000 Euro den höchsten Jahresbetrag seit seiner Gründung an insgesamt 208 Vereine und Verbände ausgereicht“, so die Bilanz der Vorsitzenden des Vereins, Heidrun Sedlacik, anlässlich der Mitgliederversammlung am 13. Juni. Seit ihrem Bestehen unterstützte die Alternative 54 zahlreiche gemeinnützige Projekte mit 860.367 Euro

Kinder aus Tschernobyl, die auch dem Landtag einen Besuch abgestattet hatten, eine Spende übergeben. Dazu das Foto links. Daneben ist Birgit Klaubert in alternativer Aktion zu sehen. Sie brachte eine Spende in die AWO-Kindertagesstätte „Knirpsenland“ in Altenburg Nord. Mit dem Geld soll ein neues Gartenhäuschen fertiggestellt werden.

Und schließlich (Foto rechts) erhielten wir einen ausführlichen Be-

sche in Heiligenstadt an den Kreisvorsitzenden einen Scheck in Höhe von 400 Euro.“

Erweitert wurde die Öffentlichkeitsarbeit des Vereins. Neben der Homepage (www.die-linke-thl.de/politik/alternative_54) kann man sich auf facebook informieren: www.facebook.com/Alternative54ev. ■



(Stand 31.05.2013). Etwa 2.330 Vereinen und Verbänden konnte damit geholfen werden.

Die Alternative 54 Erfurt e.V. wurde 1995 von den damaligen Landtagsabgeordneten der PDS gegründet, um inhaltlich der Umsetzung des Artikels 54 der Thüringer Verfassung, der eine automatische Diätenanhebung vorsieht, etwas entgegenzusetzen. Jedes Mitglied (Landtagsabgeordnete DIE LINKE) spendet seither monatlich einen Teil seiner Diäten an den Verein. Dieser wiederum setzt die Gelder für gemeinnützige Projekte und Vorhaben ein, die nicht oder nicht ausreichend öffentlich gefördert werden.

So hatte bereits im Mai der Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow an

richt von Silke Senge, Leiterin der überregionalen Beratungsstelle Heilbad Heiligenstadt des Blinden- und Sehbehindertenverbandes Thüringen e. V. Dass der Kreisverband seit Jahren das Schulprojekt „Behinderte im Alltag – Vortragsreihe vor Schülern und Pädagogen“ für Grund- und Regelschulen sowie auch Gymnasien anbieten kann, sei auch ein Verdienst des Vereins Alternative 54. In dem Bericht heißt es weiter: „Kreisvorsitzender Ralf Lindemann war sehr erfreut, dass auch in diesem Jahr seinem Antrag entsprochen wurde. Die Landtagsabgeordnete Dr. Johanna Scheringer-Wright übergab kürzlich im Beisein von 16 Schülern der 3. Klasse in der Lorenz-Kellner-Grund-

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Programmatisches Allerlei

Nicht völlig überraschend kritisiert die SPD das Programm der CDU zur Bundestagswahl. Von der Nachrichtenagentur Reuters wird der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel so zitiert: „Das hier ist der Wahlbetrug mit Ansage.“

Das Elaborat mit dem Titel „Gemeinsam erfolgreich für Deutschland“ firmiert sogar als „Regierungsprogramm“. Und was für eines! „Von der richtigen Politik von CDU und CSU haben alle Menschen etwas“, behaupten die Unionsparteien. Weil daran womöglich nicht einmal der eigene Anhang glaubt, haben sich beide etwas Pfiffiges ausgedacht: statt auf Parteitagen (wie es gute und anstrengende demokratische Tradition ist) wurde das Programm einfach während einer gemeinsamen Sitzung der Vorstandsmitglieder der Parteien beschlossen. Wahrscheinlich sind es auch solche Kunstgriffe, die erahnen lassen, wohin Angela Merkel (die ja Vorsitzende der CDU ist) mit der von ihr propagierten „marktkonformen Demokratie“ will.

In dem Reuters-Text findet sich noch der Hinweis auf „SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück“. Der mag das CDU-CSU-Wahlprogramm ebenfalls nicht. Wobei strenggenommen auch dieser „SPD-Kanzlerkandidat“ eine Art Wahlbetrug mit Ansage ist. Denn hätte die SPD tatsächlich ernsthaft das Ziel, den Kanzler (oder eine Kanzlerin) zu stellen, wäre kaum Steinbrück als Kandidat ausgewählt worden.

Der - realistischere - Vizekanzlerkandidat tritt unter dem etwas kryptischen Wahlprogramm-Slogan „Das Wir entscheidet“ (im Original nur in Großbuchstaben geschrieben) an. Selbst Steinbrück ist inzwischen aufgefallen, dass Merkel in der Gunst des Wahlvolks weit vor ihm liegt. Nur wegen Merkel die Union zu wählen, sei zu wenig, belehrt er bockig. Schon möglich. Interessanter ist die Frage, wie viele Menschen am Ende trotz Steinbrück noch SPD wählen. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.